



"Zeit aufzuwachen und zu handeln"

Fraktion im PDG V.o.G.

Eupen, den 27.06.2022

Rede

(21-22) Dok. 222 Regierungsmitteilung Glasfaserausbau

Sehr geehrte Damen und Herren,

Glasfaser bietet eine schnelle, konstante und stabile Internetverbindung, mit der viele Daten über enorme Entfernungen übertragen werden können. Da die Digitalisierung voranschreitet und die Datenanforderungen immer größer werden, ist der Glasfaserausbau der Weg, der die Stabilität für alle Bürger der DG ebnet wird.

Trotzdem kommen wir heute nochmal auf unseren Resolutionsvorschlag zur Verbesserung der Internetverbindungen im Norden und Süden der DG zurück, den wir im September 2020 einreichten.

Was man bedenken musste, war, dass dieser Resolutionsvorschlag eingereicht wurde zu einem Zeitpunkt, an dem viele Menschen durch die Covid19-Krise durch die Maßnahmen der Regierung gezwungen wurden, von heute auf morgen auf Home Office umzusteigen.

Im zuständigen Ausschuss des Parlamentes wurde dieser Resolutionsvorschlag abgelehnt.

Mit unserem Resolutionsvorschlag wollten wir den belgischen Staat an seine Pflicht erinnern, flächendeckend eine ausreichend gute Internetverbindung bereitzustellen und den Ausbau des Glasfasernetzes oder zumindest des Kupferdrahtnetzes in den nicht abgedeckten Gebieten, den so genannten "weißen Flecken", voranzutreiben, ohne dass horrenden Kosten für die Gemeinschaften entstehen.

Tatsächlich ist der belgische Staat aufgrund seiner eigenen Gesetzgebung (Art. 69, 70 und 71 des Gesetzes vom 13.06.2005) und laut den EU-Bestimmungen (Art. 4 der Richtlinie 2002/22/EG vom 7. März 2002 und Art. 84 Abs. 1 der Richtlinie 2018/1972 vom 11.12.2018) dazu verpflichtet, jedem Bürger an seinem Hauptwohnsitz einen angemessenen Internetzugang zu ermöglichen.

Es mag rein rechnerisch stimmen, dass es sich für Proximus wirtschaftlich nicht lohnt, in der DG ein Glasfasernetz auszubauen, aber es stimmt auch, dass Proximus in Ballungszentren satte Gewinne einfährt.

Erinnern möchten wir auch daran, dass die Politik vor Jahrzehnten, im Zuge der Privatisierung der einstigen staatlichen Telefongesellschaft RTT, immer wieder die Vorteile einer Privatisierung hervorgehoben hat. Ein privates Unternehmen sei dynamischer, könne der rasanten technischen Entwicklung besser folgen und sei kostengünstiger als ein Staatsbetrieb.

Vieles davon mag stimmen, doch vergessen wir nicht, dass die RTT quasi jeden Haushalt mit einer vernünftigen Telefonleitung ausstattete, ob rentabel oder nicht.

In einer Zeit, in der die öffentliche Hand immer mehr die Kontaktaufnahme zu ihren Behörden in die digitale Welt verlegt - was wir nicht begrüßen - denn der persönliche Kontakt ist immer noch wertvoll und bedeutend. So sollte auch jedem Bürger und Unternehmer die technische Infrastruktur zur Verfügung stehen, die dies unter normalen Bedingungen ermöglicht. Da sind wir uns in diesem Hause alle einig.

Genau das ist ja auch per Gesetz geregelt. Nur, was nutzt dies dem Bürger und Unternehmer, wenn der Föderalstaat sich nicht an sein eigenes Gesetz hält bzw. es nicht anwendet?

Der Föderalstaat ist mit 53,51% Hauptaktionär von Proximus. Er verfügt somit über einen gewissen Einfluss auf dessen Aktivitäten.

Warum unternimmt die Föderalregierung dennoch nichts? Haben die föderalen Politiker womöglich Geschmack an der Rendite des Unternehmens Proximus gefunden, welche jedes Jahr die Staatskasse aufbessert?

Wir stimmen der Aussage von Frau Ministerin Weykmans zu, dass es für keinen Marktteilnehmer bzw. Telekommunikationsanbieter irgendeine Verpflichtung gibt, irgendwie oder irgendwo einen Internetanschluss bereitzustellen. Natürlich nicht, denn der Föderalstaat versäumte es, einen Anbieter zu bezeichnen.

ABER weshalb ist das so ?

Weil die Politik, in diesem Falle der Föderalstaat geschlafen hat. Punkt.

Letzte Woche noch wurde im Rahmen des Berichtes des Rechnungshofs zu den Ausgaben der Regierung zur Bewältigung der Corona-Krise angemerkt, dass die öffentliche Hand sich nicht an die eigenen Regeln gehalten hat.

Und hier hat es der Föderalstaat nicht getan

Wir stimmen der DG-Regierung zu, dass die Universaldienst-Verpflichtung für Belgacom und später Proximus im Jahr 2013 auslief und nicht erneuert wurde. Zwar glaubt die DG-Regierung, dass dies nicht zuletzt der Tatsache geschuldet ist, dass Belgien im Bereich des Kupferkabelnetzes zu einem der bestabgedeckten Länder der EU zählt und somit in den Augen der föderalen Behörden genug Abdeckung und Wettbewerb besteht, was eine Verpflichtung überflüssig machte, aber es scheint doch eher so zu sein, dass der Föderalstaat es versäumte, diese Verpflichtung zu verlängern - und zwar aus eben genannten Gründen.

Heute deckt der belgische Staat die Grundversorgung aller Bürger zu ca. 90% ab. Die verbleibenden 10% können aufgrund stellenweiser Probleme der technischen Machbarkeit nicht an eine Internetanbindung angeschlossen werden, wovon ebenfalls Teile der DG betroffen sind.

Insgesamt geht es hierbei um ca. 3.500 Haushalte in Belgien, die sich auf einem sg. "weißen Fleck" ohne Internetzugang befinden.

Aber gerade 2020, wo sich die DG im immer länger dauernden Ausnahmezustand wegen der Corona-Maßnahmen befand, war und ist die Nutzung des Internets rapide angestiegen. Eine stabile und schnelle Internetverbindung hat damit einen ganz neuen Stellenwert bekommen. Kinder im Home Schooling, Arbeitnehmer im Home Office, Einkäufe vom Sofa aus und Videocalls mit der Familie: Weite Teile des alltäglichen Lebens wurden ins Internet verlagert und funktionieren oftmals nur schlecht oder gar nicht ohne eine schnelle Leitung.

Meine Damen und Herren,

nur weil die DG-Regierung beschloss, den Glasfaserausbau selbst in die Hand zu nehmen, wurde unserem Resolutionsvorschlag aus politischem Kalkül nicht zugestimmt. Dass Teile der Bevölkerung in der DG, die von den weißen Flecken betroffen waren und immer noch sind, in der Corona-Krise nicht arbeiten konnten und immer noch nicht können und dies teilweise bis 2026, verdrängte die Regierung bewusst, denn man wollte das Projekt "Glasfaser" nicht gefährden bzw. politisch nicht zweigleisig fahren. Da der Infrastrukturausbau 3 Jahre in Anspruch nehmen wird, bedeutet das im Umkehrschluss auch, dass innerhalb der "weißen Flecken" Teilen der Bevölkerung die vergangenen 2 Jahre und noch zusätzliche 3 Jahre kein oder unzureichendes Internet gewährt wird.

Aus dem geplanten Investitionsprogramm der Regierung sollen 40 Millionen Euro in den Bau des Glasfasernetzes fließen. Insgesamt wird das Projekt "Glasfaser für Ostbelgien" aber 100 Millionen Euro kosten, wobei hierfür auf private Partner, Investoren und europäische Gelder zurückgegriffen werden soll.

Wir von der Vivant-Fraktion sind der Meinung, dass dies ein stolzer Preis ist. Ein Preis, den die Bürger letzten Endes zahlen werden, denn "nichts ist umsonst". Die Investitionen der DG beruhen auch hier auf neuen Schulden, welche bei steigenden Zinsen zukünftige Generationen stark belasten werden.

Nun mag es sein, dass für die Telekommunikationsoperatoren keine legale Verpflichtung besteht Glasfaser auszubauen und der Gesetzgeber nur einen Minimdienst als verpflichtend ansieht - wobei die Kriterien des Minimdienstes nicht einmal eingehalten werden. Und da niemand Verantwortung übernehmen will, weder der Gesetzgeber, noch die Telekommunikationsoperatoren, hat die DG sich dazu entschlossen, Investitionen in Höhe von 40 Millionen Euro für den Glasfaserausbau in die Hand zu nehmen. Kurzum, nochmal, nichts ist umsonst und die Schuldenlast der Bürger in der DG steigt mal eben um 40 Millionen.

Wie aus der Regierungserklärung auch deutlich hervorgeht, wird die zu erreichende Mindestgeschwindigkeit vom Föderalstaat zwar angepasst, doch würde man bei der Schnelligkeit bzw. durch die rasante digitale Entwicklung dem Minimalziel ständig hinterherlaufen, da diese Werte in immer kürzer werdenden Abständen veraltet sind.

Kommen wir kurz zum Abschalten des Kupfernetzes in den nächsten 5 bis 7 Jahren.

Wo wir der DG-Regierung auf keinen Fall recht geben, ist die Aussage, dass es von höchster Bedeutung ist, unsere Schülerinnen und Schüler bereits ab dem frühesten Kindesalter digitale Kompetenzen zu lehren. Im Grundschulalter haben Handys und Tablets nichts verloren, schon alleine wegen der WLAN-Anschlüsse, wo Forschungsergebnisse zu Auswirkungen polarisierter Mikrowellenstrahlung von WLAN-Routern, Smartphones und Tablets ermittelt wurden.

Die Forschungslage zu den gesundheitlichen Risiken elektromagnetischer WLAN-Felder (bei 2.450 MHz) ist eindeutig. Laut einer Studie des EMF von 2018 gibt es keinen Grund dafür, Kindergärten und Schulen mit WLAN-Anschlüssen auszustatten und Heranwachsende dieser vermeidbaren Gefährdung auszusetzen. Es muss die Wahlmöglichkeit bestehen bleiben, Schulen technisch nur über Kabel und/ oder VLC ans Internet anzuschließen¹.

Und zum anderen, weil die Nutzung von Tablets das Erlernen der kulturellen Grundtechniken behindere: "Also selber schreiben, selber lesen, selber rechnen, bevor man einen Taschenrechner bedienen kann," so der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger².

Wir werden heute nur kurz auf das 5G-Mobilfunknetz zu sprechen kommen, denn bei dieser Regierungserklärung geht es scheinbar nicht um 5G.

Oder sieht dies nur so aus ?

Wofür braucht man noch 5G - oder sagen wir eher so, ob die Bürger 5G brauchen, kann diskutiert werden. 5G ist vor allem für die Industrie ein riesiger Markt, da dort viele neue Anwendungen, die mit Echtzeitdatenübertragung zu tun haben, von Bedeutung sind.

Und wissen die Bürger, dass ohne Glasfaser kein 5G-Funknetz möglich ist?

Damit der neue Funkstandard hält, was er verspricht, ist eine leistungsstarke Infrastruktur notwendig³.

5G braucht eine deutlich höhere Dichte an Basisstationen als LTE oder UMTS und diese müssen künftig noch schneller immense Datenmengen transportieren - und daher zuverlässig angebunden sein.

Aus diesem Grunde ist die Glasfaser-Technologie elementare Voraussetzung für 5G und bedeutet, dass das gesamte Potenzial von 5G nur dann ausgeschöpft werden kann, wenn das Glasfaser-Netz flächendeckend ausgebaut wurde.

Vielen Menschen ist die potentielle Gefahr durch die 5G-Technik nicht bewusst und denjenigen, denen die Gefahr bewusst ist, wird nicht gesagt, dass der erste Schritt zum flächendeckenden 5G schon anläuft. Wir denken, dass es wieder einmal Zeit ist zu handeln, um Menschen auf diese potentiellen Gefahren hinzuweisen und dies werden wir zukünftig auch verstärkt tun müssen.

¹ <https://www.emfdata.org/de/studien/detail?id=439;>

² [https://www.m-net.de/glasfaser-erleben/themen/5g/;](https://www.m-net.de/glasfaser-erleben/themen/5g/)

³ <https://www.welt.de/regionales/bayern/article176126597/Lehrerpraesident-sieht-Tablets-an-Grundschulen-mit-Skepsis.html>

Abschließend kann man sagen, dass wir den flächendeckenden Glasfaserausbau in der DG befürworten, wir uns im Vorfeld jedoch mehr Initiativen seitens der DG-Regierung gewünscht hätten - zum einen, um in Bezug auf die weißen Flecken bis 2026 Abhilfe zu schaffen und zum anderen, um den Föderalstaat ausdrücklicher in die Verantwortung zu nehmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Diana Stiel
Vivant-Fraktion